

19. Mai 1916

die darin gelegen war, daß ausländische Provenienzen zu Milies zum Verkaufe anzubieten sind, was eine Verzögerung im Geschäftsverkehr und mitunter Entgang des ganzen Geschäfts zur Folge hatte. Diese beiden damals ausgesprochenen Befürchtungen haben sich leider bewahrheitet.

Die Ursachen der dem großen Publikum unverständlichen Eiermangel verteuern gerade jetzt zur Haupterproduktionszeit dürften einerseits in dem größeren Eierkonsum am Lande und in der Stadt und der privaten großen Bevorrätigung zu suchen sein, andererseits vielleicht in dem Bestreben der Milies, die Zukunft zu decken und dabei die Gegenwart etwas allzustiefmütterlich zu bedenken. Die Eierversorgung war gerade in Wien in früheren Jahren gut organisiert und es dürfte wohl außer Zweifel stehen, daß bei Feststellung gewisser Höchstpreise, die dem Landwirt einen Anreiz bieten, die Eier nicht für den eigenen Konsum zu verwenden, sondern der Allgemeinheit zugänglich zu machen, der Eierpreis nicht die Höhe erlangt hätte, auf welcher er jetzt steht und daß auch wahrscheinlich nicht der heutige Eiermangel eingetreten wäre. Ob der Vorwurf, daß die Milies zu viel Eier für den Herbst und Winter eingelagert hat, gerechtfertigt ist, wird sich erst beurteilen lassen, wenn die Milies die Ziffern bekanntgibt, die hier in Betracht kommen. Die länderweise Absperrung hat jedenfalls eine Unzahl gewohnter Beziehungen sowohl zwischen den Grenzorten der Kronländer als auch der verschiedenen Kronländer zu Wien, die, wenn auch im einzelnen keine großen Eierquantitäten betreffen, so doch in der Gesamtheit für den Eierkonsum mit maßgebend waren, unterbrochen.

Die Milies selbst hat ihre Zentralorganisation im Artikel Eier dem Vernehmen nach nicht vollständig aufrecht erhalten, sondern hat gerade das Haupt-Eier-Produktionsland, Galizien, mit einer eigenen Zentrale, der Owo, ausgestattet, über deren Geschäftsgebarung nicht näheres bekannt ist.

Mit der Zentralisierung des Handels mit einem so verderblichen und Pflege bedürftigen Artikel wie das Ei hätte man überhaupt vorsichtig sein sollen. Auch die Ausschaltung einer größeren Anzahl von Eierhändlern, die nicht in den Dienst der Milies gestellt wurden, soll eine ungünstige Wirkung geübt haben. Es wären daher folgende Forderungen aufzustellen:

1. Die Zentralisierung des ganzen Eierverkehrs durch die Milies, die sich nicht bewährt hat, wäre aufzuheben; ebenso wären die länderweisen Ausfuhrbeschränkungen abzustellen.

2. Für Eier wären Höchstpreise festzusetzen, welche dem Landwirt einen Anreiz bieten, die selbst produzierten Eier auf den Markt zu bringen.

3. Wenn für die Herbst- und Wintermonate als die der geringeren Eierproduktion höhere Höchstpreise bewilligt werden so hätten diese in eine richtige Relation mit dem gegenwärtigen Eierhöchstpreis gebracht zu werden. Diese Relation dürfte nicht den Anreiz bieten, allzuviel Eier für die spätere Zeit zum Schaden der gegenwärtigen Zeit zu konservieren, andererseits doch so viel für die eierarme Zeit aufzubehalten, daß der beschränkte Winterbedarf gedeckt ist.

Ueber diese Angelegenheit entspann sich eine eingehende Debatte, bei welcher Gemeinderat Dr. Klotzberg, der Sekretär der Milies Dr. Fein, Frau Kurzbaner, Gemeinderat Partik, Frau Freund-Markus, Kammerat Pabst, kais. Rat Maresch und Herr Simon das Wort ergriffen. Bezüglich des Eierzuschlages gab der Sekretär der Milies die Aufklärung, daß dieser für die Konservierung bestimmte Zuschlag in einem Fonds angelegt wurde, der vom Ministerium verwaltet werde. Der Vorsitzende faßte die vorgebrachten Anregungen dahin zusammen, daß der Eierhandel freigegeben werden soll und die Absperrung der einzelnen Kronländer aufgehoben und daß die Versorgung jener Länder, welche über wenig Eier verfügen, aus solchen, in denen Eier in großen Mengen vorhanden sind, wieder ermöglicht werde. Endlich müßte der ungerechtfertigte Anstieg der Eierpreise dadurch verhindert werden, daß der Verkaufspreis im Detailhandel unter Mitwirkung von amtlichen Organen von Zeit zu Zeit festgesetzt werden. Ueber die anderen Maßnahmen, welche bezüglich der Eierversorgung zu empfehlen sein werden wird in der nächsten Sitzung beraten werden.

Wien, 19. Mai 1916

Fettknappheit und Eiermangel.

Die Approvisionierungs-Sektion der Handelspolitischen Kommission hielt gestern unter dem Vorsitz des Vizebürgermeisters Hof eine Sitzung ab, in welcher zu zwei in den letzten Wochen im Vordergrund der Erörterung stehenden Approvisionierungsfragen Stellung genommen wurde.

Über die Versorgung der Stadt Wien mit Fett erst Kammersekretär Dr. Ziegler nachstehendes Referat:

Schon bei dem prinzipiellen Referat über die Erstellung von Höchstpreisen, welches von der Handelspolitischen Kommission genehmigt wurde, wurde der Grundsatz aufgestellt, daß bei Bestimmung von Höchstpreisen nicht das Endprodukt allein sondern gleichzeitig das Urprodukt erfasst werden müßte. Mit der Höchstpreisbestimmung für Schweinefleisch ohne gleichzeitiger Bestimmung von Höchstpreisen für Schweine ab Stall ist ein großer Fehler geschehen. Da Österreich auf den ungarischen Import von Fettschweinen angewiesen ist und da Ungarn Höchstpreise für Fettschweine nicht festsetzen wollte, hätte man auch auf die Bestimmung von Höchstpreisen für Schweinefleisch verzichten müssen. So aber bewegten sich die Marktpreise für Schweinefleisch in aufsteigender, die Höchstpreise für Fett in absteigender Richtung, so daß sich die Relation dieser beiden in enger Verbindung stehenden Preise immer unangünstiger gestaltete. Wenn für das Lebendgewicht des Fettschweines bis 670 K bezahlt wurden und gleichzeitig Schweineschmalz für 567 K, Fett für 525 K und Rohspeck für 505 K abgegeben werden müßten, so ist das ein Mischverhältnis, das nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Folge war, daß das Fett bei der Schmelzverarbeitung geradezu einen Passivfaktor, um nicht zu sagen ein minder gut verwertbares Abfallprodukt bildete und der Fleischschleicher das, was er beim Fett daraufzahlte, bei den übrigen Endprodukten des Schweines: Wurst, Fleisch, u. s. w. hereinbringen mußte. Anstatt das Schweinefleisch seiner eigentlichen Bestimmung als Fett zuzuführen, trachteten die Schleicher möglichst viel Fett am Schweinefleisch zu belassen oder bei der Wurstherstellung zu verwenden, um auf die Art und Weise das Fett zu dem höheren Fleischpreise an den Mann zu bringen, wodurch das Fett nur von den begüterten Klassen, welche sich das teure Schweinefleisch leisten konnten, konsumiert wurde. Vielleicht haben auch die hohen Preise, die für Fett zu technischen Zwecken gezahlt wurden, einen Anreiz geboten, Schweinefleisch, dessen Preis zu menschlichen Konsumzwecken durch fallende Höchstpreise eingeengt war, zu technischen statt zu Konsumzwecken zu verwenden. Das Schweinefleisch als Speisefett verschwand fast gänzlich vom Markt. Richtig ist, daß der Auftrieb der Schweine, wenn man beispielsweise den Aprilauftrieb in den Jahren 1914, 1915 und 1916 vergleicht (das ist jener Monat, in welchem die Wintermastschweine zum Absatz gelangen), im Jahre 1915 um 16 % und im Jahre 1916 um 58 %

gegenüber dem April 1914 zurückgegangen ist. Trotzdem war der Auftrieb noch immer ein derartiger, daß sich der absolute Mangel an Schweinefleisch nicht erklären läßt und die Vermutung nicht von der Hand gewiesen werden kann, daß doch da und dort Fettspeicherungen vorgekommen sein müssen.

Wenn man erkennt, daß eine Maßregel verfehlt ist, so ist der nächstliegende Vorschlag, diese Maßregel, also in diesem Falle die gegenwärtigen niedrigen Höchstpreise für Schweinefleisch aufzuheben, selbst auf die Gefahr hin, daß dadurch jene, die Fett angesammelt haben (in größerem Maßstabe dürfte das ja kaum möglich gewesen sein) einen ungerechtfertigten Gewinn erzielen. Die Aufhebung der gegenwärtigen Höchstpreise ist in Anbetracht der Unmöglichkeit, auch Höchstpreise für Fettschweine einzuführen, die einzige Möglichkeit, um wieder Fett auf den Markt zu bringen.

Gemeinschaftsvorsteher Vierböck stellte fest, daß sich in Wien, wie durch wiederholte Erhebungen festgestellt wurde, keine Fettvorräte befinden. Der Abbau der Fetthöchstpreise habe bewirkt, daß die Produzenten ihre Schweinebestände schon frühzeitig, auch wenn sie noch nicht ganz schlachtreif waren, abgestoßen haben. Der Redner macht aufmerksam, daß im September eines jeden Jahres die Fettnachfrage am größten sei, die unschwer immer aus den in den Sommermonaten angesammelten Vorräten befriedigt werden konnte. In diesem Jahre wird es nicht möglich sein, eine Reserve für den Herbstkonsum sicherzustellen. Er schlägt vor, die Gemeinde Wien möge eine größere Menge von Einastellschweinen ankaufen und deren Mastung übernehmen.

Kaiserlicher Rat Maresch bemerkt, daß die Bevölkerung der Wiener Gemeindevertretung und dem Bürgermeister für ihre Versorgung in Approvisionierungsangelegenheiten dankbar sein müsse. Die Eröffnung des neuen Kühlagerhauses und die Erwerbung eines großen Lagerhauses und der Vonwiller'schen Mühle seien Beweise einer großzügigen Approvisionierungspolitik. Ob die Gemeinde sich entschließen könne auch eine Schweinemastanstalt zu errichten, müsse dahin gestellt werden. Nach seiner Meinung sei die Aufhebung der Höchstpreise die einzige Möglichkeit, damit Schweinefleisch wieder in den Handel kommt, die Hauptsache sei, daß ^{jetzt} Fett auf den Markt komme, auch wenn es teurer gezahlt werden müßte.

Stadtrat Knoll macht darauf aufmerksam, daß die Gemeinde Wien derzeit ausländisches Fett um 12 K kaufe und um 8 K an die Bevölkerung abgebe. Von der Aufhebung der Höchstpreise erwarte er sich keine Besserung der Verhältnisse. Vielleicht könnte sich die Gemeinde indirekt durch Subventionierung an einer Schweinemastanstalt beteiligen.

Kommerzialrat Tschelnik führt die herrschende Fettnot zum großen Teile auf die völlige Stilllegung der Speisefett-, Margarine- und Pflanzenfett-Industrie zurück. Die Regierung müsse sich mit aller Energie bestreben, die Einfuhr der Rohstoffprodukte dieser

Industrien aus dem Auslande durch Kompensationen zu ermöglichen.

GR. Partik weist darauf hin, daß die Gemeinde Wien, welche bereits zur besseren Milchversorgung Kühe angekauft und eingestellt habe, sich dazu entschließen könnte, Schweine einzustellen. Es sei aber die Frage, ob ^{ihre} die genügenden Futtermittel, insbesondere Mais zur Verfügung gestellt werden könnten. Keinesfalls könne von der Gemeinde verlangt werden, daß sie in Ungarn Einastellschweine um 10 Kronen per Kilo kaufe und das Fett zum Höchstpreise von 6 K abgebe. Die Regierung sei berufen hier Abhilfe zu schaffen. Bei den gegenwärtigen Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn müsse das größte Gewicht darauf gelegt werden, daß für die dickhäutige Versorgung der diesseitigen Reichshälfte mit Lebensmitteln bessere Grundlagen geschaffen werden.

Gemeinderat Dr. Klotzberg weist auf die großen Schwierigkeiten hin, welche mit der Einrichtung einer Schweinemastanstalt überhaupt und insbesondere im gegenwärtigen Zeitpunkte verbunden sind. Der Vertreter der Miles Konsul Scholl bemerkt, daß diese bisher 42.000 Schweine und ein größeres Quantum ausländisches Fett nach Österreich gebracht habe. Da die Fettproduktion nicht vermehrt werden könne, wäre die Reduzierung des Konsums die einzige Möglichkeit, eine Besserung herbeizuführen.

Frau Schweinburg spricht sich im Interesse der Kleinen Haushaltungen gegen die Aufhebung der Höchstpreise aus. Eine Reduktion des Verbrauches werde bereits durch die auf den Markt kommenden geringeren Mengen und durch die höheren Preise herbeigeführt.

Herr Soyka wünscht eine Einschränkung des Verbrauches von Fett und Oelen für industrielle Zwecke. Es müsse ferner verhindert werden, daß Speisefett für die technischen Industrien, welche höhere Preise zahlen, benützt werde. Die Importeure seien derzeit verpflichtet, ausländisches Oel und Fett, das sie hereinbringen, der Oel- und Fettzentrale abzuführen. Dieser Verpflichtung seien sie zu entheben.

Herr Schneck sagt, daß der Konsum nicht weiter reduziert werden könne. Es sei deshalb notwendig, daß die in Lande befindlichen Vorräte in gerechter Weise verteilt werden. Dies könne nur durch Einführung ^{von} Fettkarten geschehen.

Dr. Tausche teilt namens der Oel- und Fettzentrale mit, daß in den nächsten Tagen eine Ministerialverordnung erscheinen werde, der zufolge es untersagt wird, Speisefett für industrielle Zwecke zu verwerten. Er spricht sich dagegen aus, daß die Importeure von ausländischem Fett von der Verpflichtung entbunden werden, dieses an die Fettzentrale abzuführen. Hierdurch würde der Ankaufspreis des Fettes im Ausland erhöht werden, welche Erhöhung auch auf die Ankäufe durch die Fett- und Oelzentrale im Auslande rückwirken würde.

Vorsitzender VB. Hof faßt die vorgebrachten Anregungen wie folgt zusammen: Was die Errichtung einer Schweinemastanstalt durch die Gemeinde anbelangt, wurden schon vor längerer

Zeit von der Gemeindeverwaltung Verhandlungen mit größeren Mastereien eingeleitet. Es wurden aber derart hohe Preise gestellt und die Gemeinde hätte ein so großes Risiko übernehmen müssen, daß es bis jetzt nicht möglich war, auf die Sache näher einzugehen. Eine vollständige Aufhebung der Fetthöchstpreise wäre nicht unbedenklich, da sich dann nur die Wohlhabenden das Fett verschaffen könnten, während dem größten Teile der Bevölkerung der Ankauf von Fett infolge der zu erwartenden hohen Preise unmöglich sein würde. Das größte Gewicht müßte nach wie vor darauf gelegt werden, daß Höchstpreise für Schweine ab Stall in der ganzen Monarchie normiert werden. Jedenfalls müsse von der Regierung verlangt werden, daß sie Maßnahmen trifft, daß Fett in genügenden Mengen auf den Markt kommt und daß die Preise in eine entsprechende Relation zu den Schweinepreisen gebracht werden und daß sie für das große Publikum nicht unerwünschlich sind. Die Einführung von Fettkarten wäre von der Regierung in Erwägung zu ziehen, damit jeder Familie ein Mindestquantum sichergestellt werde. Weiters sei von der Regierung zu verlangen, daß sie den Gemeinden, welche ausländisches Fett zu billigeren Preisen als sie es angekauft hat, an die Bevölkerung abgebe, die Differenz zwischen dem Gestehungs- und dem Abgabepreis von der Regierung ersetzt werde. So habe z.B. die Wiener Gemeindevertretung

in den letzten Tagen, als die Fettknappheit immer größere Dimensionen annahm, ausländisches Fett, welches sie von der Miles um 12 K ankauften, um 8 K abgegeben. Es wurden 10 Waggon von der Gemeinde gekauft, bei jedem Waggon zahlte sie 40.000 K darauf. Das sind zusammen 400.000 K. Die Gemeinde Wien sei nicht imstande, auf die Dauer diese hohen Mehrkosten zu tragen. Schließlich sind Vorschriften zu erlassen, welche einen all zu großen Verbrauch von Fett in den großen Gasthäusern verhindern.

Kammersekretär Dr. Ziegler berichtet nun sodann über Maßnahmen zur Milderung der gegenwärtigen Eiernot. Er führte aus: Zeitungsnachrichten zufolge soll das Eiermonopol der Miles in nächster Zeit aufgehoben werden, damit müßte natürlich auch die Ministerialverordnung vom 20. Februar d.J. betreffend den Verkehr mit Geflügeleiern, einer durchgreifenden Änderung unterzogen werden. Jedenfalls wird es zweckmäßig sein, bevor Vorschläge für die Eierversorgung gemacht werden, einerseits auf die Mängel der Verordnung zu verweisen, andererseits auf die Fehler, die vielleicht die Miles bei der Durchführung ihrer Aufgaben sich hat zuschulden kommen lassen. Schon in der Februarsitzung der Handelspolitischen Kommission wurde auf die Erschwerung des Eierversandes von einem Kronlande in das andere hingewiesen, die eine engherzige Selbstversorgung der Eierproduzierenden Länder ermöglichte, dann auf die Schwierigkeit,